

August/September 2012

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Wieso wir in Sachsen eine europapolitische Debatte brauchen!

Im März 2012 haben wir auf dem so genannten Kleinen Parteitag ein erstes europapolitisches Eckpunktepapier „Sachsen in Europa“ auf den Weg gebracht, mit dem Ziel daraus europapolitische Leitlinien zu erarbeiten. Die Diskussion dazu ist überfällig angesichts der täglichen Nachrichten und Debatten um die Zukunft der EU. Dazu gehören Themen wie die Höhe der EU-Fördermittel der nächsten Jahre, die Frage, ob die Grenzen innerhalb der



EU offen bleiben oder nach Gutdünken einzelner Regierungen dicht gemacht werden können. Dazu gehört die Frage, ob Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn zustande bringt oder weiter polnische und tschechische Arbeitskräfte zu Spottlöhnen plündern darf. Wie viele MigrantInnen hier leben dürfen und wie Armut europaweit bekämpft werden kann. Dies betrifft auch die Notwendigkeit eines neuen Energiekonzeptes in der EU und nicht nur in der Bundesrepublik die, selbst bei Schließung aller Atomkraftwerke, ständig von den AKWs der Nachbarstaaten umgeben ist. Immer mehr Politikgebiete werden europäisch vergemeinschaftet: Immer weniger Menschen in die Entscheidungsfindung einbezogen. In den relevanten Bereichen bestimmen eine Handvoll Regierungschefs über 450 Mio. Menschen ohne demokratische Legitimation, auch am Europarlament vorbei. Obwohl 80% aller wichtigen Entscheidungen vor Ort mit europäischen Standards und Vorgaben verbunden sind, kennen die BürgerInnen die Entscheidungsstrukturen nicht. Wir als LINKE müssen das als Erstes thematisieren! Wir brauchen ein demokratisiertes Europa, das die BürgerInnen an den Entscheidungen teilhaben lässt. Als Zweites müssen wir für ein soziales Europa streiten: z.B. für die gerechte Verteilung der EU-Mittel innerhalb der EU. Einer EU, die Solidarität mit armen Mitgliedsstaaten

auch praktisch zeigen muss! Aktuell erfolgt auf fast allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine Angleichung der Rechtsverhältnisse in der EU: im Zivilrecht, Datenschutz, der Migrationspolitik, der Umwelt- und Energiepolitik sowie der Struktur- und Regionalpolitik. Hier muss es uns darum gehen, dass diese Harmonisierung nicht zu einem Abbau von Standards führt, sondern sie verbessert!

Drittens müssen wir uns Gedanken darüber machen, welchen Beitrag Sachsen für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europa leisten kann. Angesichts des erheblichen Wachstums neofaschistischer und rechtspopulistischer Strömungen in Europa können und müssen wir als LINKE auch unsere antifaschistischen Erfahrungswerte in den europäischen Kontext einbringen. Lasst uns gemeinsam an einem solidarischen Europa arbeiten! Wir wollen mit Euch über Europa und dessen Perspektiven anhand des Eckpunktepapiers in den Kreisverbänden diskutieren.

Keine Kürzungen bei Regional- und Strukturpolitik!



Die Bundesregierung macht sich weiterhin stark für die Kürzung der Strukturfondsmittel. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise in der EU brauchen wir aber mindestens die Mittelausstattung, die wir im aktuellen mehrjährigen Finanzplan haben. Zugleich planen Deutschland, Frankreich und Italien die Fördermittel in Zukunft für Mitgliedsstaaten zu kürzen, die die europäischen Verschuldungskriterien nicht einhalten. Ich halte das für untragbar und abzulehnen, da man so die Regionen bestraft und nicht das Verhalten der nationalen Regierungen!

Daher haben wir als LINKE im EP gegen die Kürzungen in der Regional- und Strukturpolitik ein Aktionscomic produziert. Unte diesem Link findet ihr das Comicvideo und könnt unsere Kampagne zugleich mit eurer Unterschrift solidarisch unterstützen:

<http://www.dielinke-europa.eu/article/8247.keine-kuerzungen-bei-der-regional-und-strukturpolitik.html>

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de
Büro Chemnitz im Rathaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

August/September 2012

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Mehr Demokratie? - Die BVG-Entscheidung zum Fiskalpakkt

Gut ist, dass das Bundesverfassungsgericht (BVG) der Bundesregierung die gelbe Karte gezeigt und sie an die Rolle des demokratisch gewählten Bundestages erinnert hat. Die BVG-Entscheidung zu Fiskalpakkt und ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus, Teil des „Euro-Rettungsschirms“) wirft aber auch kräftige Schatten. Aus europäischer Sicht wird die bestehende politische und ökonomische Vormachtstellung der BRD im Krisenmanagement weiter verfestigt. Mit der dem Bundestag nun zugesprochenen Zustimmungskompetenz hat die BRD eine privilegierte Kontrollfunktion über das Krisenmanagement erhalten, dem sich die anderen EU-Mitgliedsstaaten beugen müssen, wenn sie ein Veto aus Deutschland vermeiden wollen. Denn was aus deutscher Sicht nicht sinnvoll und was den WählerInnen in Deutschland nicht vermittelbar ist, dürfte im Bedarfsfall wohl kaum die Zustimmung des Bundestages erhalten. Die Interessen und Sichtweisen anderer EU-Mitgliedsstaaten können damit kaum noch auf gleicher Augenhöhe in die politischen Aushandlungsprozesse auf EU-Ebene eingebracht werden. Zu mehr Demokratie hätte geführt, wenn das BVG das Europäische Parlament (EP) in seine Betrachtungen einbezogen und eine Mitentscheidungsrolle des EP über ESM und Fiskalpakkt zur Bedingung gemacht hätte. Kritisch ist zu sehen, dass das BVG eine Bankenlizenz für den ESM ausgeschlossen hat. Eine Bankenlizenz für den ESM wäre ein kurzfristig praktikabler Weg gewesen, die entscheidende Fehlkonstruktion der EZB auszusetzen: Nämlich das Verbot der direkten Staatsfinanzierung. Dadurch werden die Euro-Staaten den Märkten ausgeliefert und der Möglichkeit beraubt, sich gegen Spekulationen zur Wehr zu setzen. Die Möglichkeit einer direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank bedeute eine Garantie der Rückzahlung der Staatsschulden. Spekulationen auf eine Staatspleite werden damit sinnlos. Nur so kann die Politik ihre Handlungsfähigkeit gegenüber den Finanzmärkten zurückgewinnen.

Das Verbot einer direkten Staatsfinanzierung durch die EZB ist eines der zentralen neoliberalen Konstruktionselemente der Eurozone, die dringend korrigiert werden müssen. getretenen Economic-Governance-Gesetzgebung der EU in Form eines zwischenstaatlichen Ver-



ges. Den Fiskalpakkt zu stoppen ist norwenig, aber keineswegs ausreichend. Die Linke im Europaparlament hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die europarechtliche Vereinbarkeit des Fiskalpakts, der kein EU-Recht ist, untersuchen soll. Wichtiger aber ist es, sich mit der Economic-Governance-Gesetzgebung zu korrigieren.
Jürgen Klute (MdEP)

On Tour - Cornelia Ernst in Weißwasser!

Am 24.09. besuchte Cornelia Ernst die Nordregion des Landkreises Görlitz. Grund ihres Besuches war, neben den Wunsch sich mit den GenossInnen gemeinsam auszutauschen, die Vermittlung von Informationen über die Struktur- und Fördermittelpolitik der EU in neuen Zeitraum von 2014-2020. Für die PartnerInnen vor Ort waren die von Cornelia eingebrachten Informationen von großem Interesse, vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen der Regional- und Strukturfondskürzungen auf Sachsen. Cornelia Ernst ist Mitglied im Regionalaussschuss des EP, welcher an der Umsetzunge europäischer Kohäsionspolitik beteiligt ist. So legte sie all jenen, die mit der Nutzung von EFRE- und ESF Mitteln in Kontakt stehen nahe, sich gut auf die neue Förderperiode vorzubereiten. Denn leider wird die neue Prioritätensetzung und Strukturanpassung in der EU-Förderstrategie 2020 den Spielraum der Regionen weiter verengen. Sie verdeutlichte auch, dass wohl Sachsen in diesem Zeitraum letztmalig in den Genuss einer höheren Übergangsförderung kommen wird. Besonders am Herzen lag der Europaabgeordneten das Gespräch mit GenossInnen, auch über die Probleme der Region um Weißwasser. So besuchte sie u.a. das UNESCO Welterbe „Fürst Pückler Park“. Begrüßt wurde sie dabei vom Geschäftsführer und Parkdirektor Cord Panning. Thema der Debatte war die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Interesse der Erreichung einer europäischen Nachhaltigkeit in der Landschaftsparkpflege und die Rolle die die Austragung der IGA-2027 für die Region spielen kann. Auf dem Plan stand auch ein Treffen mit den Stadträten. Sie versprach den Anwesenden sie bei der Klärung eines Problems in der Versorgung durch die Schaltung einer internationalen Verbindung zu unterstützen. Am Abend nahm Cornelia auf Einladung der Ortsverbände der Partei die LINKE von Niesky und Weißwasser an einer Mitglieder-versammlung teil.
Anja Eichhorn